

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 402.18 / 07.11.2018

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23 + 27 – Gutachten ernst nehmen, Schüler*innen schützen; Beste Bildungschancen von Beginn an: Vorschulklassen an Grundschulen einrichten

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**:

Das Ministerium hat reagiert und macht dabei einen guten Job

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Kind in Schleswig-Holstein soll vor der Einschulung, so sagt es das Schulgesetz, schulärztlich untersucht werden. Dies ist auch die Regel und das ist gut so, weil dort das Kind durchgecheckt wird und eventuelle Förderbedarfe festgestellt werden können. So stellen die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste der Gesundheitsämter fest, ob das Kind den Anforderungen des Schulalltags körperlich und seelisch gewachsen ist, welche Unterstützungsbedarfe vorhanden sind und wo in der Schule gegebenenfalls Hilfen benötigt werden.

Zusammen mit den verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen der Kinder durch Kinderärzt*innen, die U9, bei der die Früherkennung und Behandlung von Krankheiten und Entwicklungsauffälligkeiten im Zentrum stehen, wird dafür Sorge getragen, dass kein Schüler und keine Schülerin durch das Vorsorgeraster fällt. Das, was die AfD will, gibt es also schon. Uns ist wohl bewusst, dass in einigen Kreisen und kreisfreien Städten das Problem besteht, dass es nicht genügend Schulärztinnen und Schulärzte gibt. Der Fachkräftemangel macht sich auch hier bemerkbar. Dort müssen Anstrengungen unternommen werden, um attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Nun will die AfD noch spezielle Vorschulklassen für Kinder mit Förderbedarfen an Grundschulen: typisch AfD. Nicht Inklusion und individuelle Förderung, sondern Separierung von Kindern mit Unterstützungsbedarf. Das ist rückwärtsgewandt und mit uns nicht zu machen.

Wir haben mit den Bildungsleitlinien an Kitas eine gute Grundlage für die Begleitung und Förderung der Kinder von der Krippe bis zur Schule. Die Erzieher*innen haben einen intensiven, fachlich fundierten Blick auf die Kinder und unterstützen sie in ihren Entwicklungsprozessen. Man könnte sagen, die gesamte Kitazeit ist Vorschulzeit. Dazu

gehört alles, was Kinder auf den nächsten Lebensabschnitt vorbereitet. Mit der geplanten neuen Kitafinanzierungsstruktur und deutlich mehr Mitteln für den Kitabereich werden wir auch die Qualität an den Kitas weiter steigern.

Pädagogisch innovativ sind Projekte, in denen Kitas und Grundschulen gemeinsam den Übergang gestalten. Wir Grüne haben uns vor kurzem das Bildungshaus mit Eltern-Kind-Zentrum in Hamburg-Lurup angeschaut. Der Übergang zwischen Kita und Schule ist hier fließend. Obwohl das Bildungshaus in einer besonders herausfordernden Gegend liegt, gelingt hier ein hoher Bildungsstandard und eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Das zeigt einmal mehr, dass mit dem richtigen pädagogischen Konzept quasi alle Herausforderungen gemeistert werden können. So geht fortschrittliche Bildungspolitik, geehrte AfD.

Und nun zum Antrag von SPD und SSW: Die Abschlussprüfungen in Mathe sind in diesem Jahr besonders schlecht ausgefallen. Wir haben dies mehrfach im Bildungsausschuss diskutiert. Außerdem hat das Bildungsministerium den Landeselternbeirat, die Gemeinschaftsschulen und die bildungspolitischen Sprecher*innen aller Fraktionen zu einem Gespräch mit den Fachleuten und dem IPN eingeladen, wo ausführlich der Entstehungsprozess, das Zweitgutachten des IPN und die Bewertung der Aufgaben vorgestellt wurde.

Die Vorbereitung der Aufgabenerstellung für Abschlussprüfungen dauert zwei Jahre, heißt, die erste Version der Aufgaben ist 2016 entwickelt worden. Auch ich habe Akteneinsicht genommen und habe mir den Weg der Erstellung, Begutachtung und Modifizierung der Prüfungsaufgaben angesehen. Es war höchstspannend und die Akten zeigen, dass das Ministerium und die Fachkommission es sich wirklich nicht leicht machen. Sie haben versucht, den Schüler*innen eine möglichst ausgewogene Prüfung vorzulegen. Der Vorgang zeigt aber auch, wie schwierig dies zu erreichen ist.

Ich fand beeindruckend, dass es ein detailliertes 25-seitiges Gutachten einer Professorin aus einem anderen Bundesland zu den jeweils drei Paketen mit Aufgaben für den mittleren und den ersten Schulabschluss gab. Die Aufgabenschwerpunkte, die geprüften Kompetenzen und jede einzelne Formulierung wurden auf Herz und Nieren geprüft. Außerdem wurden die Aufgaben in anderen Bundesländern getestet. Danach hat sich die Fachkommission, die die Aufgaben erstellt hat, mit jeder einzelnen Anmerkung des Gutachtens auseinandergesetzt. Sie hat viele Änderungsvorschläge übernommen und einiges nach reiflicher Abwägung in der Ursprungsfassung belassen.

Und trotzdem hat es insgesamt deutlich schlechtere Ergebnisse der schriftlichen Prüfungen als im Vorjahr in Mathe gegeben. Dies ist allerdings auch in den vergangenen Jahren vorgekommen. Es ist also kein neues Phänomen. Beim MSA war diesmal bei 21 Prozent der Prüflinge die Vornote um zwei Noten schlechter als die Vornote. Allerdings erzielten nach der mündlichen Prüfung 75 Prozent der Schüler*innen ihre Vornote, 25 Prozent schnitten besser oder schlechter ab.

Wichtig für die Schüler*innen und die Lehrkräfte ist, dass das Ministerium Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden gezogen hat. Das Ministerium hat darüber umfangreich im Bildungsausschuss am 13. September berichtet. Es ist ein Maßnahmenbündel mit Entlastungen bei der Bearbeitungszeit, Verbesserungen bei der Vorbereitung, Unterstützung der Lehrkräfte und einigem mehr. Das Ministerium hat reagiert und macht dabei einen guten Job. Deshalb braucht es die Aufforderung von SPD und SSW nicht.
